



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 13
Dienstag, 19. September 2006
18:20 - 19:20 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 29.09.06

Vorsitz:	Dr. Paul Bösch	OeBS
Protokoll:	Gabriele Behring-Hirt	Nichtmitglied
Stimmzähler:	Erwin Sutter Rolf Amstad	EDU SP
Anwesend:	Von total 50 Mitgliedern: Ratspräsident und 44 Mitglieder	
Entschuldigt: Ganze Sitzung:	Andres Bächtold Barbara Böhringer Paul Dill Susanne Kobler Alfred Zollinger	SP SVP SVP SVP SVP

TRAKTANDEN

1	VdSR des Stadtrates: Revision der Gebührenverordnung Baubewilligungsverfahren	Seite 409
3	Motion Lotti Winzeler (OeBS): Förderung vielfältiger Wohnformen im Alter	Nicht behandelt
4	Motion Walter Hotz (FDP): Eckwerte Leistungsauftrag für Stadzug Schaffhauser Polizei	Nicht handelt
5	Motion Urs Tanner (SP): Road pricing	Nicht behandelt
6	Interpellation Kurt Zubler (SP): Integration behinderter Kinder in städtischen Kinderkrippen	Nicht behandelt
7	Interpellation Peter Möller (SP): Schwimmunterricht an der Stadt Schaffhauser Schulen	Nicht behandelt

PENDENTE GESCHÄFTE

EINGANG	TITEL DES GESCHÄFTES	
07.01.03	VdSR-Machbarkeitsstudie neues Fussballstadion	SPK
16.05.06	VdSR Erneuerung der Kehrrichtbehandlungsanlage KBA Hard in Beringen, Projekt und Kostenvoranschlag	SPK
29.05.06	Motion Lotti Winzeler (OeBS): Förderung vielfältiger Wohnformen im Alter	
13.06.06	VdSR Totalrevision der Feuerwehrverordnung und der Tarifverordnung für die Verrechnung von kostenpflichtigen Feuerwehreinsätzen der Stadt Schaffhauen	SPK
20.06.06	Motion Walter Hotz (FDP): Eckwerte Leistungsauftrag für Stadzug Schaffhauser Polizei	
27.06.06	Vorlage des Ratsbüros Änderung der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrates Schaffhausen (Einführung des Postulates)	SPK
31.07.06	Vorlage des Stadtrates vom 4. Juli 2006: Einführung WoV- Betrieb nach den Bedürfnissen der Stadt Schaffhausen	SPK
15.08.06	Interpellation Kurt Zubler (SP): Integration behinderter Kinder in städtischen Kinderkrippen	
15.08.06	VdSR Abgabe der Liegenschaft Hintersteig 3 im Baurecht	GPK
22.08.06	Interpellation Peter Möller (SP): Schwimmunterricht an den Stadt Schaffhauser Schulen	

2006 Kleine Anfragen:

4	Stephan Schlatter (SVP)	Schulhaus Breite: Wie weiter?	20.01.06
8	Martin Egger (FDP)	Finanzielle Unterstützung für ein Gutachten von John Large	05.07.06
9	Peter Neukomm (SP)	Nischenarbeitsplätze bei der Stadt	07.07.06
10	Mehmet Ertogrul (SP)	Qualifikationsgespräche mit den Lehrpersonen	14.08.06

BESCHLUSS UND ERLEDIGTES GESCHÄFT

**Traktandum 1 VdSR Revision der Gebührenverordnung
Baubewilligungsverfahren**

Der Grosse Stadtrat beschliesst mit 27 : 11 Stimmen Nichteintreten auf die Vorlage des Stadtrates Revision der Gebührenverordnung Baubewilligungsverfahren vom 30. Mai 2006. Die Vorlage wird an den Stadtrat zur Überarbeitung zurückgewiesen.

BEGRÜSSUNG

Ratspräsident Dr. Paul Bösch (OeBS) eröffnet die heutige Ratssitzung Nr. 13 mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, des Stadtpräsidenten, der Frau Stadträtin, der Herren Stadträte, der VertreterInnen der Medien sowie der Gäste auf der Tribüne.

MITTEILUNGEN

Dr. Paul Bösch (OeBS) bedankt sich beim Stadtrat für die Wiederbelebung der Idee der interessanten Herbstwanderungen, an der trotz misslichen Wetterverhältnissen am vergangenen Sonntag doch einige Interessierte Folge leisteten.

Der **Ratspräsident** informiert betreffend Beantwortung der *Kleinen Anfrage Nr. 4/2006 von Stephan Schlatter(SP): Schulhaus Breite, wie weiter?*, die auf August 2006 angesetzt worden war, aus dem Baureferat wie folgt:

Die Antwort ist im Prinzip bereit, muss jedoch vom Gesamtstadtrat noch besprochen werden und wird deshalb erst nach den Herbstferien vorliegen.

Änderungen in der Zusammensetzung von Spezialkommissionen:

SPK Vorlage des Ratsbüros Änderung der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrates Schaffhausen (Einführung des Postulates):

Der abwesende Paul Dill (SVP) wurde durch Daniel Preisig (SVP) vertreten.

SPK Vorlage Machbarkeitsstudie neues Fussballstadion:

Nihat Tektas (JFDP) ersetzt den zurückgetretenen Edgar Mittler und Nicole Herren (FDP) ersetzt Marlies Besio (CVP).

Die Ratsmitglieder haben erhalten bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- Newsletter der Wirtschaftsförderung, Ausgabe September 2006
- Kleine Anfrage Nr. 11/2006 von Alfred Zollinger (SVP): Städtetreffen Winterthur/St. Gallen/Schaffhausen vom 16.09.06
- Zu Motion Walter Hotz (FDP), Eckwerte Leistungsauftrag für Stadtzug Schaffhauser Polizei: Beilage 2 mit dem Titel: Projekt einheitliche Polizei für den ganzen Kanton
- Voranschlag 2007 der Einwohnergemeinde Schaffhausen. Zu beachten ist die Sperrfrist bis Mittwoch, 20.09.06, 12.00 Uhr

PROTOKOLL

Das Protokoll Nr. 12 vom 05.09.06 wurde vom Ratsbüro geprüft und liegt bei der Ratssekretärin zur Einsichtnahme auf. Es werden keine Änderungsanträge gemacht.

TRAKTANDENLISTE

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt. Es erfolgen keine Änderungsanträge.

**Traktandum 1 VdSR des Stadtrates: Revision der Gebührenverordnung
Baubewilligungsverfahren****Edgar Zehnder (SVP)****Sprecher der SPK**

”Ich bedanke mich zuerst bei SR Peter Käppler für die Ausarbeitung der Vorlage. Weiter geht mein Dank an Rechtsberaterin Ladina Kirchen und Ueli Witzig, Bereichsleiter Hochbau, für die Detailinformationen anlässlich der SPK-Sitzung und Cornelia Leu für das wie immer rasche und gute Protokoll.

Am 21.08.06 fand eine sehr kurze Sitzung statt, an der sich überraschend rasch alle einig waren. Wir haben die übrige Zeit genutzt, um dem Stadtrat den weiteren Weg zu ebnen. Ich verzichte darauf, die Vorlage im Detail zu präsentieren und überlasse dies bewusst dem Stadtrat, um ihm die Chance zu geben, auch die positiven Punkte dieser Vorlage aufzuzeigen.

Die Vorlage war sorgfältig ausgearbeitet, erscheint jedoch zum jetzigen Zeitpunkt unangebracht und unakzeptabel. Mit 10 : 1 Stimmen wurde in der SPK Nichteintreten beschlossen. Nur eine Vertreterin der OeBS war für Eintreten. Jede politische Ausrichtung hatte ihre eigenen Gründe für dieses Resultat. Die Linken üben Kritik, weil sie befürchten, dass Gebührenerhöhungen mit Steuersenkungen zu tun haben. Hier haben sie uns den Kampf angesagt, was wir respektieren. Auf der rechten Seite werden *grundsätzlich* gegenüber dem Verursacherprinzip keine Bedenken geäußert. Allerdings kann dies aus *politischen Überlegungen* in diesem Fall nicht angewendet werden.

Die SPK war der Meinung, dass die Stadt ihre Hausaufgaben erledigen müsse und die komplizierten internen Abläufe grundsätzlich überprüft werden müssen. Fragen, ob Kontrollen überhaupt nötig sind und welche kantonalen oder städtischen Gesetze vielleicht sogar den Ablauf hemmen, bedürfen einer Abklärung. Vielleicht müssten auf Gesetzesebene Anpassungen realisiert werden. Wir haben in diesem Rat auch Vertreter des Kantonsparlamentes, die dies unterstützen könnten. Ich denke an die bis zu 17 Abläufe, die in der Stadt ein Baubewilligungsverfahren durchläuft. Wenn ein konzessionierter Sanitär oder Elektroinstallateur seine Kontrolle für eine Installation abgeschlossen hat, frage ich mich schon, warum eine amtliche Stelle nochmals eine weitere Kontrolle für Fr. 300.-- durchführen muss. Der Stadtrat hat hier einen sehr grossen eigenen Spielraum, im Gegensatz zu den Umweltgebühren, wo eine grosse Einschränkung seitens des Bundes besteht.

Diese unheilige Allianz hat eigentlich verschiedene Ideologien, Argumente und Aussagen. Das Ziel war jedoch gemeinsam, deshalb auch das Abstimmungsergebnis mit 10 : 1 Stimmen, Nichteintreten auf die Vorlage.

Der Antrag an Sie lautet somit unparteiisches Nichteintreten auf die Vorlage und zurückweisen der Vorlage an den Stadtrat. Wir wollen keine weitere Blindlandung mit Crashrisiko. Die SPK hat den SR gebeten, einen runden Tisch zu lancieren. Wir stellen uns vor, dass auch Vertreter der verschiedenen Verbände wie der HEV, Baumeisterverband, Mieterverband und Wirtschaftsförderung sowie natürlich Mitglieder aus den verschiedenen Parteien Einsitz nehmen können, um gemeinsam eine Lösung zu erarbeiten. Ich hoffe, dass sich der Rat dieser Kommissionsmehrheit anschliessen wird. “

Christian Bächtold (FDP)**FDP/JFDP-Fraktionserklärung**

"Der Kommissionspräsident hat ausführlich informiert, daher fasse ich mich kurz.

Die Vorlage *Revision der Gebührenverordnung* ist sicher gut gemeint, aber ohne jegliches politisches Gespür gemacht worden. Für Veränderungen in Quartieren werden sehr aufwändige Werkstätten gebildet, und eine Gebührenrevision wie diese wird im stillen Kämmerlein mit der einseitigen Verwaltungsbrille erstellt. Mindestens beim Hauseigentümerverband hätte man die Verordnung in die Vernehmlassung geben können.

Die FDP/JFDP-Fraktion ist einstimmig für Nichteintreten.

Bevor Gebührenerhöhungen beantragt werden, sollten die Verwaltungsabläufe auf Rationalisierungen überprüft werden. Wir sind nämlich der Auffassung, dass der Aufwand für eine Baubewilligung zu gross ist und sich zu viele Stellen damit beschäftigen. Ein Bericht über die Vereinfachung des Bewilligungsverfahrens fehlt, und die mündlichen Auskünfte an der Kommissionssitzung reichen uns nicht.

Eine Gebührenerhöhung, welche wie diese erheblich ist und wo zum Teil Gebühren verdoppelt werden, sendet falsche Signale und wäre politisch in der Bevölkerung kaum mehrheitsfähig. Der Hauseigentümerverband hat ja bekanntlich das Referendum angesagt.

Da es in der Kommission zu keiner Detailberatung kam, verzichten wir auf Kommentare zu den einzelnen Artikeln. Wir können nur eines sagen: Eine neue Verordnung muss einfacher und frei von willkürlichen Verrechnungen, wie zum Beispiel Drittaufwendungen, sein und sicher keine Erhöhungen bis 100% vorsehen.

Wir danken dem Kommissionspräsidenten für seine sehr neutrale Sitzungsleitung sowie den Damen und Herren aus der Verwaltung.

Die FDP/JFDP-Fraktion ist grossmehrheitlich für Nichteintreten. "

Urs Tanner (SP)**SP-Fraktionserklärung**

"Ich habe den Vorteil, dass ich weder objektiv, noch neutral sein muss, da ich als Vertreter meiner Fraktion sprechen darf. Aber auch ich danke Edgar Zehnder für seine neutrale Sitzungsleitung. Aus Fehlern können *wir beide* etwas lernen.

Die SP-Fraktion wehrt sich gegen das Ansinnen des Stadtrates, Gebühren zu erhöhen, damit Steuern gesenkt werden können. Der Stadtrat liess sich in der Zeitung (Schaffhauser Nachrichten, 20.06.06) wie folgt verlauten: *"Eine jährliche Steuersenkung um 1 Prozent kann man nur machen, wenn man solche Anpassungen wie bei der Gebührenverordnung vornimmt. Denn von irgendwoher muss das Geld ja kommen. „Wer so offen und ehrlich kommuniziert, muss nicht erstaunt sein, wenn die „Retourkutsche“ kommt.*

Diese Politik unterstützt die SP nicht und weist daher die Vorlage an den Stadtrat zurück. Auch vermag im Detail die Vorlage nicht zu überzeugen. Warum bei kleinen Sachen die Gebühren verdoppelt werden, ist nicht nachvollziehbar. Art. 1, Abs. 1 spricht bei kleineren Bauvorhaben wie Garagen, Terrassen und Wintergärten von einer Gebühr von Fr. 300.--.

Gerne bieten wir Hand für eine gerechte Steuerpolitik. Dies beinhaltet aber, dass wir Gebührenvorlagen eben nicht abgekoppelt von der Politik der direkten Steuern machen können und wollen. Die Idee, dass eine SPK die Gebührenvorlage erarbeiten soll, lehnen wir ab. Der Stadtrat soll eine verbesserte Vorlage bringen, eingebettet in eine kohärente Steuerpolitik.

Ich darf die Meinung der SP-Fraktion vertreten, die AL-VertreterInnen haben zu dieser Vorlage eine eigene Meinung. “

Iren Eichenberger (OeBS)**OeBS/EVP-Fraktionserklärung**

”Als OeBS-Mitglied ist man sich die Minderheitenrolle in den Spezialkommissionen gewöhnt. Aber in der SPK *Gebührenverordnung* fühlte ich mich zwischen den rigorosen Absagen von hüben und drüben schon fast als Spielverderber.

Für uns war die Vorlage unverdächtig und durchaus diskutabel. Auch sehe ich den Automatismus *Gebühren ja, heisst zwingend Steuersenkungen* nicht in dieser Art.

Ich bin der Meinung, dass wir uns zuerst gemeinsam an einen Tisch setzen und den „servierten Braten“ versuchen sollten. Wenn es nicht passt, kann man immer noch nachsalzen oder Fett abschneiden. Meinerseits hätte ich in der Detailberatung an den Gebühren für ökologisch sinnvolle Sanierungen herumgeschnipselt. Die SPK hat mir allerdings diese Aufgabe erspart. Der Stadtrat muss sich jetzt etwas einfallen lassen, wie er mit Finanzvorlagen in Zukunft umgehen will. SR Peter Käßler hat intuitiv die richtige Ebene angesprochen, wenn er grundsätzlich mit den Fraktionen ins Gespräch kommen will, wie *sie* sich die Finanzierungen in der Stadt vorstellen können. Blockierungen dieser Art können wir uns nicht leisten. Runden Tischen stehe ich grundsätzlich skeptisch gegenüber, da ihre Zusammensetzung relativ beliebig ist und damit nicht demokratisch legitimiert. Ich finde es falsch, wenn wir künftig jede Knacknuss „austrixisch“ und *die* Lösung von irgendeinem Mediator oder einer wunderbaren Moderatorin erwarten, die uns die Harmonie wieder herstellen sollen. Das Weitere möchte ich dem Parlament überlassen.

Die OeBS/EVP-Fraktion ist für Eintreten. “

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)**SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung**

”Die SVP/JSVP/EDU-Fraktion ist - wie bereits vom SPK-Präsidenten erwähnt - *einhellig* der Meinung, dass wir nicht auf diese Vorlage eintreten sollen.

Es mir ein Anliegen, noch folgende Ergänzungen zur Vorlage anzufügen: Es wurde bereits erwähnt, dass die Vorlage auch gewisse Mängel enthält, und zwar bei den kleinen Gebühren, die verdoppelt werden sollen. Diese Verdoppelung ist aus juristischen Gründen zweifelhaft, weil damit das Äquivalenzprinzip nicht mehr eingehalten wird, d.h. die erbrachte Leistung steht in keinem adäquaten Verhältnis zu dem, was verlangt wird.

Ein weiterer Kritikpunkt besteht darin, dass gerade Gebühren für Antennen so niedrig gehalten sind. Es ist bekannt, dass solche Vorhaben einen enormen Aufwand verursachen. Es gibt kaum eine Bewilligung in der Stadt Schaffhausen, die den Weg ans Ober- und Bundesgericht nicht findet. Daher finde ich es sehr problematisch.

Des Weiteren gefällt mir der Konnex bei der Rechnungsstellung nicht. Eine

Baubewilligung wird zusammen mit der Rechnungsstellung in einer Verfügung erlassen. Dies führt dazu, dass bei Streitigkeiten über die Rechnung die Baubewilligung nicht durchgeführt werden kann, was unnötige Verzögerungen verursacht. Wie anfangs bereits erwähnt, verlangen wir Nichteintreten auf die Vorlage. “

Susanne Günter (FDP)**Votum**

”Es ist so eine Sache mit Gebührenerhöhungen. Die eine Seite will keine Erhöhungen wegen dem allfälligen Argument einer Steuersenkung, die andere Seite sieht aus der Sicht der Bauwilligen die Gefahr, dass das Pflaster „Stadt Schaffhausen“ noch mehr belastet wird. Die Vorlage ist punkto Erhöhung der Kosten überrissen und für das Gewerbe nicht akzeptabel.

Ich erwähne nur ein Detail, das mich stört, und zwar nicht am Baubewilligungsverfahren sondern an den Baukontrollen nach der Ausführung einer neuen Feuerungsanlage. Ich verstehe es nicht, dass zum Beispiel die Abnahme einer neuen Heizungsanlage durch zwei Instanzen geprüft werden muss. Der Hersteller einer Heizung prüft zum einen mit seinen teuren Messgeräten das Funktionieren der gelieferten und installierten Heizung und belegt diese Messungen mittels Computer gesteuertem Messinstrument. Dabei kann nicht gemogelt werden. Zum andern kommt nach Bauvollendung die Feuerpolizei auch wieder mit teuren Messinstrumenten und misst die ganze Sache nochmals nach. Warum kann man der Firma, die eine Heizungsanlage geliefert hat, nicht glauben und diese Daten übernehmen? Hier ist doch eine Zweispurigkeit vorhanden, die für den Bauherrn viel Geld kostet. Hier könnte doch gespart werden.

Ich habe nichts dagegen, wenn ein Bau nach den gesetzlichen Grundsätzen überprüft wird. Man sollte jedoch dort, wo Doppelspurigkeiten auftreten, den Hebel ansetzen. Wir dürfen nicht vergessen, bauen und renovieren heisst investieren, das heisst Arbeitsplätze und Lehrstellen schaffen und erhalten. Wir müssen hier in Schaffhausen, wo wir in den letzten Jahren und im Vergleich zu andern Städten wahrlich nicht mit Bauprojekten verwöhnt wurden, mit der Bürokratie und deren Kosten abbauen und nicht aufbauen. Ich bin froh, dass auf diese Vorlage in der Kommission Nichteintreten beschlossen wurde und hoffe, der Rat und insbesondere der Stadtrat werde diesem Fingerzeig folgen. “

Christoph Lenz (AL)**AL-Fraktionserklärung**

”Ich teile die Besorgnis meiner SP-Kollegen darüber, dass Gebühren erhöht und gleichzeitig Steuern gesenkt werden. Der Stadtrat hat mit dem von Urs Tanner vorgelegten Zitat belegt, dass uns hier Gefahr droht. Das Gemeinwesen wird hiermit ausgehöhlt und die Leistungsgerechtigkeit untergraben. Allerdings will ich heute *für* die Revision der Gebührenverordnung bei Baubewilligungsverfahren sprechen.

Dafür sprechen 3 Gründe:

1. Für mich ist *inflationbereinigt* die Revision der Gebührenverordnung ab 1987 nicht nur nicht erheblich und moderat, sondern beinahe nicht der Rede wert. Erhöhungen bis zu 50% liegen im Rahmen einer 20jährigen Inflation.
2. Eine Anpassung dieser Gebühren an diejenigen der umliegenden Gemeinden erscheint mir logisch.
3. Ich halte der rechten Seite vor, dass, wenn bei jedem politischen Geschäft nach Verursachergerechtigkeit gerufen wird, diese auch dann eingehalten

wird, wenn sie die eigene Klientel betrifft.

Ich persönlich kann nicht nachvollziehen, warum jemand, der Fr. 300'000.-- bis Fr. 500'000.-- für ein Haus investiert, nicht auch noch Fr. 300.-- als kostengerechte Gebühren für das Baubewilligungsverfahren "drauflegen" kann und stimme daher für Eintreten auf die Vorlage. "

Marlies Besio (CVP)

CVP-Erklärung

"Gebühren für Dienstleistungen sollten dem Verursacherprinzip entsprechen, dem effektivem Aufwand entsprechen und nicht zu Lasten der Allgemeinheit gehen. Wir halten einen angestrebten Kostendeckungsgrad von 80% als angemessen. Sicher scheinen die vorgesehenen Erhöhungen bei der Baupolizei mit ungefähr 50% und der Baukontrolle mit rund 65% recht massiv. Im Quervergleich mit anderen Städten sind die Gebühren allerdings angemessen und führen nicht zu einem Standortnachteil für Schaffhausen.

Inzwischen haben wir gemerkt, dass sich die Linke und Rechte überhaupt nicht einig sind. Die Vorlage wurde in der SPK überhaupt nicht diskutiert. Wir waren für Eintreten, was allerdings im Moment nichts nützt. Ich glaube, dass der Stadtrat die Vorlage neu überarbeiten muss. "

Bernhard Egli (OeBS)

Votum

"Ich möchte kurz zum Ablauf etwas sagen: Die Mittefraktion ist jetzt grösser geworden, und jetzt finden wir vielleicht doch eine Mehrheit für Eintreten. Allerdings würde es nicht viel bringen, wenn wir zu fünfzigst die Detailberatung heute Abend führen. Ich würde annehmen, dass es im Falle eines Eintretensentscheides sinnvoll wäre, die Vorlage an die SPK zurückzuweisen und nach dort erfolgter Vorberatung eine erneute Debatte im Rat zu führen. Die Gebühren können wir nicht im Plenum verhandeln. "

SR Peter Käppler

Stellungnahme

"Die Hoffnung stirbt zuletzt. Ich danke dem SPK-Präsidenten für die Berichterstattung, den Fraktionen der Mitte und den Vertretern der AL für ihr Wohlwollen.

Sie verstehen sicher, dass der Stadtrat irritiert ob der Ablehnung der Vorlage von links und rechts ist, auch wenn es nach der Kommissionsbehandlung keine Überraschung mehr darstellt.

Ich bin gebeten worden, die Vorlage - zumindest die positiven Punkte - vorzustellen. Es gibt eigentlich nur positive Punkte. Die Vorlage wurde zwar als gut bezeichnet, auch wenn sie unbrauchbar ist. Der Vorwurf der Bürokratie wurde laut, obwohl der Stadtrat diese eigentlich abschaffen möchte.

Dem Stadtrat ist klar, dass es Revisionen von Gebührenverordnungen nie einfach haben. Trotzdem ist es auch Aufgabe der öffentlichen Hand, bestehende Verordnungen zu überdenken und den Veränderungen der Zeit anzupassen. Selbstverständlich erachten wir es als Daueraufgabe, die Ausgaben und Einnahmen unter Kontrolle zu halten und die Einnahmenseite regelmässig einer Überprüfung zu unterziehen.

Die finanzielle Sicht ist aber nicht alleiniger Grund für diese Revision. Die heutige Gebührenverordnung ist aus dem Jahre 1987. Sie ist veraltet und entspricht den heutigen Anforderungen nicht mehr. Die Baubewilligungsgebühren sollen die Kosten, welche durch das notwendige Verfahren entstehen, abdecken und transparent und einfach anzuwenden sein.

Im Bereich Feuerpolizei wurde bisher nur der Aufwand für Feuerungskontrollen verrechnet, die übrigen Kontrollen wurden zulasten des Gemeinwesens erbracht.

Im Bereich Brandschutz und Feuerungskontrollen sind zudem seit Anfangs 2005 neue gesetzliche Vorgaben zu berücksichtigen, welche kostendeckend weiterverrechnet werden sollen.

Aus diesen Gründen hat sich der Stadtrat für eine Revision der Verordnung entschieden und strebt damit klare Verbesserungen gegenüber der bestehenden Verordnung an.

Der Stadtrat hat sich folgende Ziele gesetzt:

1. Die Verrechnung soll dem effektiven Aufwand möglichst entsprechen und für die Bauherrschaften transparent sein.
2. Die Bewilligungsgebühren sind gleichzeitig mit der Baubewilligung zu erheben (Verfügung mit Rekursmöglichkeit). Bisher wurden die Gebühren erst nach der erfolgten Schlussabnahme erhoben.
3. Die Gebührenverordnung hat die verschärften Vorgaben der Luftreinhalteverordnung (LRV) zu berücksichtigen.
4. Der Kostendeckungsgrad des Bewilligungsverfahrens sowie der Kontrollen der Bau- und Feuerpolizei soll auf annähernd 100% gesteigert werden.

Wir sind der Meinung, dass diese Vorgaben mit dieser Revision umgesetzt werden können.

Zu Ziel 1: Verrechnung soll dem effektiven Aufwand möglichst entsprechen und für die Bauherrschaften transparent sein.

Hierfür wurde die Baupolizei beauftragt, den effektiven Zeitaufwand im Bewilligungsverfahren zu ermitteln. Sämtliche im Zirkulationsverfahren involvierten Stellen haben ihren Zeitaufwand für die Prüfung und Beurteilung erfasst. Die Details zu diesen Auswertungen können Sie in der Vorlage einsehen.

Aufgrund dieser Erfahrungswerte wurden die Gebühren nach Kategorien und in der Differenzierung Neubauten, respektive Umbauten festgelegt.

Wie Sie aus dem Gebührentarif ersehen können, ist für jede Bauherrin und jeden Bauherrn aufgrund seines Bauvorhabens die zu erwartende Gebühr einfach ablesbar. Dass es bei dieser Methode zu unterschiedlichen Gebührensteigerungen kommt, hat eben mit dem tatsächlich verursachten Aufwand zu tun. So ist für kleine Bauvorhaben der Aufwand im Vergleich zur Bausumme grösser als bei grösseren Bauvorhaben und bei Umbauten kleiner als bei Neubauten. Gewisse Verdoppelungen sind daraus nachvollziehbar, dass es Gebührenerhöhungen gibt, die klein sind oder gleich bleiben. Die Verrechnung sollte gemäss Aufwand stattfinden.

Mit dem gewählten Tarifmodell ist aber Gewähr geboten, dass kein Bauherr und keine Bauherrin zu hohe Gebühren bezahlt. Es beinhaltet zwar eine gewisse

Pauschalisierung, die Bemessung richtet sich aber nach dem Kostenaufwand. Vergleiche mit anderen Gemeinden und ihren Gebührenmodellen zeigen auf, dass das hier vorgeschlagene Modell fairer ist als solche, die beispielsweise in Promillen der Bausumme berechnet werden und vor allem bei grossen Bauvorhaben zu Einnahmen führen können, die über den Aufwand der Behörde gehen. Als Beispiel Zürich Sihlcity mit Fr. 1'800'000.-- Gebühren, in Schaffhausen hätte das gleiche Bauprojekt unter Anwendung der neuen Gebührenverordnung Fr. 80'000.-- gekostet.

Ziel 2: Die Bewilligungsgebühren sind gleichzeitig mit der Baubewilligung zu erheben (Verfügung mit Rekursmöglichkeit).

Bisher wurden die Gebühren erst nach der erfolgten Schlussabnahme erhoben. Dies hat den Nachteil, dass die Rechnungsstellung zu einem Zeitpunkt erfolgte, in dem unter Umständen der Baukredit bereits aufgelöst war. Dies führt oft zu unangenehmen Reaktionen. Diese Änderung des Verrechnungsprinzips wird von BauherrInnen sehr begrüsst.

Ein weiterer Vorteil für die Verfahrensänderung betrifft die juristische Sicht, entsprechen die Bewilligungsgebühren doch einer Verfügung. Zur Gewährung von Rekursmöglichkeiten werden zukünftig Baubewilligung und Gebühren im gleichen Entscheid geregelt, was für Bauherrschaft und Behörden eine Vereinfachung darstellt.

Ziel 3: Die Gebührenverordnung hat die verschärften Vorgaben der Luftreinhalteverordnung zu berücksichtigen.

Seit dem 1. Januar 2005 gelten verschärfte Abgaskontrollen sowie vom ALU (Amt für Lebensmittelkontrolle und Umweltschutz) die Auflage, dass eine Qualitätskontrolle durchgeführt werden muss. Dies führt zu vermehrten Kontrollmessungen. Diese werden mittels Messcomputer erstellt. Bisher erfolgte für wärmetechnische Anlagen bis 350 kW keine Abnahmekontrolle, neu sind für alle gemäss LRV-kontrollpflichtigen Anlagen Abnahmemessungen notwendig. Dies wird uns vorgeschrieben und *muss* umgesetzt werden.

Die Weiterverrechnung der Leistungen der Feuerungskontrolle und der Vignetten des ALU sind in der Verordnung neu klar und nachvollziehbar geregelt. Aus den bisherigen Voten, wie auch bei der Debatte in der Kommission, ist zu diesen Zeilen und Anpassungen wenig kritisiert worden. Darum ist anzunehmen, dass sich der Hauptwiderstand gegen das nächste Ziel des Stadtrates richtet, nämlich

Ziel 4: Der Kostendeckungsgrad des Bewilligungsverfahrens sowie der Kontrollen der Bau- und Feuerpolizei soll auf annähernd 100 % gesteigert werden.

Natürlich ist es eine politische Festlegung, wie hoch der Kostendeckungsgrad einer Dienstleistung der Gemeinde sein soll, und diese können Sie als Parlament festlegen. Mit der Einführung von WoV werden Sie im Rat diese Diskussion bei verschiedenen anderen Dienstleistungen wohl auch führen.

Nun müssen Sie sich aber gut überlegen, bei welchen Leistungen Sie volle Kostendeckung erreichen wollen und bei welchen Sie davon absehen möchten. Klar ist, dass Gebühren angemessen sein sollen und dem effektiven Aufwand entsprechen, also eine Gewinnmaximierung liegt für die Stadt nicht drin. Sie müssen aber auch wissen, dass Sie Leistungen, die nicht durch Gebühren abgedeckt

werden, durch Steuergelder mitfinanzieren. Und hier müssen Sie dem Grossteil der Steuerzahlenden, die weder selber bauen, noch ein Haus besitzen, schon noch erklären, warum Sie gerade das Baubewilligungsverfahren mit Steuergeldern subventionieren wollen.

Der Stadtrat schlägt Ihnen vor, den Teil *Beratung und Auskünfte* kostenfrei zu belassen, weil dieser ein wichtiger Aspekt der Qualität im Bau und auch ein wichtiger Teil der Förderung von Bauwilligen und am Bauen in Schaffhausen Interessierter ist.

Aus finanzpolitischen Gründen sehen wir es aber als richtig an, die volle Kostendeckung beim eigentlichen Baubewilligungsverfahren anzustreben. Beachten Sie dabei auch, dass der Grossteil von Bauvorhaben kommerziell ist und darum auch keine Berechtigung auf eine Subvention haben sollte.

Argumente wie Verhindern des Bauens oder Wirtschaftsfeindlichkeit greifen hier nach Ansicht des Stadtrates überhaupt nicht, denn für Bauwillige sind beim Verfahren der rasche Ablauf und ein gutes Verfahren wichtiger als die Gebühren. Bauverzögerungen wegen Einsprachen oder weil ein Verfahren nicht sauber abgewickelt wurde, sind wesentlich schlimmer. Hier erhalten wir durchaus gute Noten, auch wenn hin und wieder Fehler passieren. Der Zielwert, dass 80% der Bewilligungen innerhalb von 6 Wochen erledigt werden kann, ist für Schaffhausen gegenüber anderen Städten ein wesentlicher Standortvorteil als der Gebührenansatz.

Es wurde verschiedentlich kritisiert, dass das Verfahren zu viele Stellen durchläuft. Das Verfahren ist absolut notwendig. Saubere Abklärungen wollen nicht irgendetwas verhindern, sondern unser Ziel, Bauen zu ermöglichen, gewährleisten. Das kantonale Baugesetz und eine Vielzahl von weiteren Bauvorschriften und Umweltgesetze müssen eingehalten werden. Es ist auch im Sinne der Bauherrschaft, diese gesetzlichen Grundlagen zu erfüllen und allenfalls auf Fehler hinzuweisen. Wenn aufgrund von Fehlern seitens der Behörden oder der Bauwilligen ein Rekurs erfolgt, sind die Folgen meistens schwerwiegender für den Gesamtablauf.

Im Weiteren möchte ich Ihnen zu Bedenken geben, dass die Baubewilligungsgebühren in der neuen Verordnung, auch im Vergleich mit anderen Gemeinden und Städten in der Nachbarschaft, sehr moderat ausfallen. Die Vergleiche finden Sie in der Vorlage. Zudem sind die hier geschilderten Gebühren nur ein Teil und in aller Regel der geringste derjenigen Kosten, die Bauherren anfallen. Hinzu kommen zum Beispiel Anschlussgebühren für Strom und Wasser, welche in der Regel ein Mehrfaches der Bewilligungsgebühr bei Neubauten ausmachen, aber von uns hier nicht beeinflusst werden können.

In der Vorlage haben wir Ihnen aufgezeigt, dass der Aufwand bei der Baupolizei und der Feuerpolizei ansteigen wird. So musste 2005 eine Stelle wieder besetzt werden, um die Vorgaben der Feuerungskontrollen nach LRV erfüllen zu können. Wenn Sie nun die Gebührenanpassung ablehnen, führt dies zu einer Verschlechterung des Kostendeckungsgrades von 50% im Jahre 2005. Auch aus diesem Grund drängt sich die Gebührenanpassung auf.

Der Stadtrat ist überzeugt, dass er Ihnen mit der Umsetzung dieser Ziele und den Anpassungen der Tarife in dieser Vorlage eine moderne und einfach anzuwendende faire Verordnung vorlegt. In der Kommission und auch heute Abend ist eigentlich

wenig über den Inhalt der Vorlage diskutiert worden. Die Ausgangslage für die Eintretensdebatte scheint klar zu sein. Trotzdem empfiehlt Ihnen der Stadtrat, auf die Vorlage einzutreten und sie der Kommission zu Behandlung zurückzuweisen, wie auch von Bernhard Egli vorgeschlagen wurde.

Die Revision ist notwendig und in einer Detailberatung können nach unserer Ansicht Missverständnisse aufgeklärt werden und Anliegen aus dem Rat einfließen. Bei einer Rückweisung der Vorlage ist die Frage, in welche Richtung eine Neuauflage der Vorlage gehen soll, angesichts der bestehenden Meinungsverschiedenheiten schwierig abzulesen. Denn bei allem Verständnis dafür, dass eine Vorlage dem Parlament einmal nicht gefällt, ist die Art und Weise, wie heute argumentiert wurde, für den Stadtrat nicht leicht nachzuvollziehen und hinterlässt mehr Fragen, als dass sie Antworten bringt.

So zeigen Sie in Ihren Stellungnahmen hauptsächlich auf, dass sie links und rechts über die Gangart in der Finanzpolitik nicht einig sind. Von Seiten der SP sind höhere Gebühren generell tabu, weil das unter anderem dazu führen könnte, dass der Steuerfuss gesenkt werden könnte, obwohl wir auch mit dem neuen Modell nur 80% der Kosten decken und die Rechnungsverbesserung unter dem Strich etwa Fr. 80'000.-- beträgt, was bei Anwendung der Drittelsregelung des Stadtrates eine steuerliche Entlastung von 0.03% ergäbe.

Der SP möchte ich aber zu bedenken geben, dass fehlende Einnahmen den finanziellen Spielraum des Stadtrates bei Beiträgen und Investitionen einschränken, die von ihrer Seite her sonst doch oft gefordert und begrüsst werden.

Für die bürgerliche Seite sind hohe Gebühren sonst eher kaum ein Thema, hier soll es aber nun das falsche Objekt sein, weil diese Gebühren angeblich wirtschaftsfeindlich seien. Ich habe Ihnen vorgängig bereits dargelegt, dass die Gebühren nicht investitionshemmend und im Vergleich mit allen unseren Konkurrenten nach wie vor günstig sind. Der Stadtrat möchte am generellen Standortvorteil der günstigen Gebühren und Tarife auch nach wie vor festhalten, dies darf aber nicht zulasten der finanziellen Substanz gehen.

Der Stadtrat überschätzt die Bedeutung dieser Vorlage nicht, und die Welt wird nicht aus den Fugen geraten, wenn Sie diese zurückweisen. Trotzdem fehlen in der Laufenden Rechnung der Stadt pro Jahr Fr. 200'000.-- (wiederkehrend), die wir irgendwo erwirtschaften oder einsparen müssen, und dies ist angesichts der Situation unserer Stadt nicht einfach.

Die breite Ablehnung in Ihren Voten deckt aber ein weiteres Problem auf, welches nur indirekt mit dieser Vorlage zu tun hat und die aktuelle politische Situation in der Stadt und in diesem Parlament aufzeigt. Dies wurde bereits von Iren Eichenberger aufgezeigt. Nach wie vor stehen wir vor der Situation, dass sich der Rat nicht auf eine tragfähige Finanzpolitik einigen kann.

Solange wir hier nicht weiterkommen und die politische Blockade bestehen bleibt, wie wir sie in den vergangenen Diskussionen im Rat zum Beispiel bei der Behandlung der Motion Wullschleger und der Strategievorlage Finanzen erlebt haben und die sich auch bereits im Hinblick auf die Budgetdebatte mit weit divergierenden Forderungen zum Budget der Stadt wieder ankündigt, kommen wir nicht weiter und blockieren die städtische Politik in einer der wichtigsten Positionen.

Hier erwartet der Stadtrat von Ihnen, dass Sie eben nicht nur blockieren, sondern mitarbeiten und Vorschläge machen, wie sich der Stadtrat verhalten soll. Immerhin sind ja drei der vier Fraktionen in die Regierungsverantwortung eingebunden und von ihnen darf diese Mitverantwortung einfach erwartet werden.

Der Stadtrat muss die Gewissheit haben, in welcher Richtung er finanzpolitisch arbeiten soll. Und diese Gewissheit soll nicht von einem Zufallsmehr getragen sein, sondern muss über eine gute Basis verfügen.

Der Stadtrat hat Ihnen mit dem Drittelsmodell, das heisst von gesicherten Verbesserungen der Rechnung wird ein Drittel für zusätzliche Investitionen, ein Drittel für Schuldenabbau und ein Drittel für Steuersenkungen verwendet, einen Vorschlag präsentiert, der, so meinen wir, den gordischen Knoten durchschlagen könnte und einen massvollen Weg für die Finanzpolitik der Stadt darstellt.

Wenn Sie anderer Ansicht sind, so ist das Ihr gutes Recht, aber dann bringen Sie bitte eine Lösung, die für die Zukunft tragfähig ist. Die finanzpolitischen Debatten in der letzten Zeit haben hier überhaupt keine Lösungsansätze gezeigt, und dies ist aus Sicht des Stadtrates eine unbefriedigende Situation, die sich an der heutigen Ratsdebatte erneut widerspiegelt.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen einen guten Entscheid und bitte Sie, dem Antrag der Kommissionsminderheit und des Stadtrates auf Eintreten und Rückweisung an die Kommission zu folgen. "

Dr. Raphaël Rohner (FDP)

Votum

"Immerhin wagt es einer der Herren Stadträte, Klartext zu reden. Das tönt in meinen Ohren gut. Wir haben uns anlässlich der Vorberatungen in der SPK - zumindest am Rand - auch über dieses Thema unterhalten. Wir sind uns einig, dass diese Nullrunde, die wir heute Abend erneut haben, tatsächlich darauf zurückzuführen ist, dass wir in diesem Rat zu keinem finanzpolitischen Konsens kommen.

Ganz eindeutig die Schuld dem GrSR zuzuschreiben, erscheint mir unangebracht. Bei den erwähnten Punkten müsste zumindest ansatzweise angeknüpft werden.

Wir haben hier im Rat die Vorlage betreffend Erfüllung der Motion Wullschleger zurückgewiesen, nach eingehender Debatte und eingehenden Erläuterungen, welches die Vorstellungen seitens der bürgerlichen Parteien sind. Sie haben auch von der linken Ratsseite und von der Mitte die ihren eingebracht. Eigentlich wäre es jetzt für den SR klar, eine zweite Vorlage vorzubereiten, basierend auf einem Grundkonsens, den wir gemeinsam mit dem SR, allen Fraktionen mit der Finanzreferentin erarbeiten müssen. Diesen Vorschlag habe ich bereits vor einigen Wochen - ja sogar vor einigen Monaten - gemacht. Er wurde jedoch nicht aufgenommen. Der Ball liegt jetzt zuerst beim SR, anschliessend wird er uns zugespielt werden. Ich teile die Meinung, dass wir aus diesem Nullsummenspiel herauskommen müssen.

Der SR ist meines Erachtens eingeladen, die Fraktionspräsidenten nicht zu einem runden Tisch, sondern zu einer Gesprächsrunde einzuladen, damit wir diese Kernfrage lösen können. Wir können nicht in einzelnen Vorlagen, losgelöst vom Gesamtzusammenhang und immer wieder mit demselben Ergebnis, dass wir uns nicht einigen können, zum Endziel gelangen.

Es ist ganz klar, dass beide Seiten Konzessionen gegenüber den Vorstellungen der anderen machen müssen, und man wird mit grösster Sorgfalt und Aufwand an diese Angelegenheit herantreten müssen. Der SR ist begrifflicherweise nicht in der Lage, eine Vorlage vorzubereiten, wenn nicht mindestens die Eckpfeiler des GrSR und der Fraktionen bekannt sind.

Ich wiederhole nochmals: Laden Sie die Fraktionen und allenfalls die GPK zu einer Gesprächsrunde - nicht zu einem runden Tisch - ein, um gemeinsam die Strategie diskutieren zu können. Es ist anschliessend Angelegenheit der Fraktionen und Parteien intern zu beraten, in wie weit und bei welchen Punkten sie zu Konzessionen bereit sind. Die Zeit ist reif, wir müssen diesen Schritt machen. Den Ball hin und her zu schieben und sich gegenseitig Schuldzuweisungen auszusprechen, bringt überhaupt nichts. Wir stehen gegenüber unserer Wählerschaft in Verantwortung und diese haben wir jetzt wahrzunehmen. Das Parlament hat dies in Zusammenarbeit mit dem SR auszuführen. Ich erwarte eine entsprechende Einladung. “

Urs Tanner (SP)**Votum**

”Dieses Thema wurde in der SPK bereits andiskutiert, und wir unterstützen deshalb den gemachten Vorschlag. Wir sollten nicht “blinde Kuh” spielen und warten, was uns sozusagen als Überraschung vom SR erneut vorgelegt wird. Es geht nicht darum, den Eindruck zu erwecken, die linke und rechte Seite lehne Gebührenverordnungen nur noch ab. Vorausschauend denke ich – obwohl ich kein Cafésatzleser bin - dass die Beratungen der Feuerwehrverordnung, die einen Systemwechsel unter Berücksichtigung der Einnahmenseite vorsieht, wahrscheinlich ein anderes Resultat aufzeigen wird. Wir haben beim vorliegenden Geschäft nein gesagt, weil wir die Kopplung der Gebührenerhöhung an die ja bereits vom SR im Budget vorgesehene Steuersenkung um 1 Punkt nicht befürworten.

Zur Debatte über die Gebührenverordnung müssen wir gemeinsam an einen Tisch sitzen. Ob wir eine gemeinsame Lösung finden werden, können wir heute Abend noch nicht voraussehen. Aber wir müssen in diese Richtung miteinander zusammenarbeiten. Bitte treten Sie nicht auf diese Vorlage ein. Die Vorlage in die SPK zurückzuweisen, wäre wirklich herausgeworfenes Sitzungsgeld. “

Marcel Wenger (Stadtpräsident)**Stellungnahme**

”Ich wurde zur Feuerwehrverordnung angesprochen, die einen Systemwechsel vorsieht. Sie erlauben mir trotzdem, dass ich zu der jetzt zur Diskussion stehenden Vorlage Gebührenverordnung Baubewilligungsverfahren etwas sage.

Ich werde den Eindruck auch nicht los, dass wir in einer Blockade stecken, und die Offerte von Raphaël Rohner erscheint mir sehr positiv. Wir sollten Bewegung in die Frage der Finanzstrategie bringen und nicht Einzelvorlagen hin und her schieben. Sie haben gehört, wie der Baureferent zu Recht festgestellt hat, dass diese Gebührenverordnung wegen ihrer geringen Relevanz auf die Steuerfragen wenig Einfluss hat. Es entsteht ein Betrag von Fr. 200'000.-- fehlende Kostendeckung, auch wenn wir bescheidene 80% anstreben. Wenn Sie diesen Betrag mit einem Zinsfuss von rund 4% kapitalisieren, können wir damit im Jahr rund Fr. 5 Mio. verzinsen, abzahlen oder als Beitrag zur vorgeschlagenen Drittelsregelung benutzen. Ich bitte Sie, sich dies gut zu überlegen. Peter Kämpfer hat ein ausgezeichnetes Grundsatzreferat gehalten und die Gründe für eine erneute Diskussion in der SPK richtig aufgelistet.

Der SR geht aus dieser Diskussion etwas verletzt hervor: Von der linken Seite bekommt er einen Hammer, wegen der befürchteten Gebührenerhöhung würden die Steuern sinken, von der rechten Seite kommt der HEV, weil er mit der Verdauung der Gebührenerhöhung nicht glücklich ist. Man müsste die Möglichkeit in Betracht ziehen, einen Vertreter des HEV in die SPK einzuladen. Links erfolgt dann noch die Quersubventionierung der Hauseigentümer durch die Mehrzahl der steuerzahlenden Mieter. Rechts kommt der "upper cut" mit dem Verzicht auf das Verursacherprinzip. In einem Boxkampf würden solche Hammerschläge gegen jede Regel verstossen. Der SR sitzt jetzt da, ist auf beiden Augen blau geschlagen und sollte trotzdem weiterhin das Augenmass für eine neue Vorlage finden. Erbarmen Sie sich des Stadtrates und machen Sie in dieser Vorlage den Schritt. Geben Sie Peter Käßler die Chance, dass er in einer SPK das Know-how der Leute auch nutzen kann. Cornelia Stamm Hurter hat aufgezeigt, dass es dieses tatsächlich gibt. Wir sind in der politischen Wertung dieser Vorlage darauf angewiesen. "

Peter Neukomm (SP)**Votum**

"Ich habe nicht vor, zu boxen, sondern möchte mein Erstaunen und Befremden zur stadträtlichen Reaktion zum Ausdruck bringen. Wenn wir schon einmal eine Aussage des Stadtrates ernst nehmen, muss er doch nicht jammern. Der Stadtrat hat ganz klar kommuniziert, dass, wenn die Steuern jedes Jahr gesenkt werden, von irgendwoher das Geld ja kommen muss, also müssen die Gebühren erhöht werden. Mit der Veröffentlichung einer solchen Aussage und der gleichzeitigen Präsentation mehrerer Vorlagen war für uns die erfolgte Reaktion "Wehret den Anfängen" klar.

Für uns sind Gebühren statt Steuern unsozial, weil Gebühren von allen unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bezahlt werden müssen. Wir haben konkrete Anhaltspunkte dafür, dass die Kostendeckungsgrade überall hinterfragt und erhöht werden. Wir haben im Vorfeld dieser Sitzung vom WoV-Steuerungsausschuss das Beispiel, das uns Erwin Sutter präsentiert hat, gehört.

Wir vertreten den Grundsatz, dass die wesentlichen Grundleistungen der öffentlichen Hand durch die Steuern gewährleistet sein müssen. Dort, wo es um Sonderleistungen mit besonderem Aufwand von Seiten der Verwaltung geht oder um Teuerungsfragen, sind wir jederzeit gesprächsbereit. Wo wir dies nicht sind, ist bei generellen Gebührenerhöhungen zur Erhöhung des Kostendeckungsgrades.

Es ist auch nicht so, dass wir *grundsätzlich* nicht mit uns über Gebühren reden lassen, aber nicht in dieser Verknüpfung, die ja nicht von uns, sondern vom Stadtrat stammt. Der SR soll diese Vorlage zurücknehmen und sich überlegen, wo die Stadt sinnvollerweise Handlungsbedarf hat, weil sie eben in gewissen Bereichen einen über die Grundleistung hinausgehenden Sonderaufwand hat und wo teuerungsbedingte Gründe bestehen. Dann sind auch wir für Gespräche bereit. "

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Es erfolgt die Abstimmung über den von der SPK gestellten Antrag.

ABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat beschliesst mit 27 : 11 Stimmen Nichteintreten auf die Vorlage Revision der Gebührenverordnung Baubewilligungsverfahren vom 30. Mai 2006. Die Vorlage wird an den Stadtrat zur Überarbeitung zurückgewiesen.

Das Geschäft ist erledigt.

MITTEILUNGEN

Der **Ratspräsident Dr. Paul Bösch (OeBS)** gibt bekannt, dass die Begründung der Motionärin sowie die Stellungnahme des Stadtrates zu Traktandum 2 bereits 45 Minuten in Anspruch nehmen. Dazu käme die für eine fundierte Diskussionsführung notwendige Zeit. Dieser Zeitrahmen würde eine Doppelsitzung bedingen, und deshalb wird die Behandlung dieses Geschäftes vom Ratspräsidenten auf die erste Sitzung nach den Herbstferien vertagt.

Definitiver Sitzungstermin SPK Einführung WoV-Betrieb nach den Bedürfnissen der Stadt Schaffhausen:

Montag 13.11.06, 18.15 Uhr.

Nächste Ratssitzung: Dienstag, 31. Oktober 2006, 17.00 Uhr.

Der **Ratspräsident Dr. Paul Bösch (OeBS)** beendet die Sitzung um 19:20 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring-Hirt